

Alternative Fakten vs. Fakten



Erneut wirft die Argumentation der CWG – oder zumindest die Berichterstattung über die Jahreshauptversammlung – Fragen auf. Wir machen den Fakten-Check:

Geyer: „kommunalpolitischer Stillstand“	Seit 2014: Ausweisung neuer Wohn- und Gewerbegebiete, Kanal- und Straßensanierungen, Abschluss des Sanierungskonzeptes der Wasserversorgung 2018, Modernisierung der Straßenbeleuchtung auf LED, fachgerechte Planung Schulsanierung(-umbau), Ausweisung neuer Rad- und Wanderwege, Dorferneuerung Sassenreuth, etc. etc.
Geyer: CWG erhalte nur „das absolute Minimum an Informationen und Hintergrunddetails“	Die Räte der CWG erhalten im Rahmen der Sitzungsladungen und der Sitzungen selbst die gleichen Informationen wie alle anderen Gemeinderäte. Darüber hinaus steht es frei, bei der Verwaltung, dem Bgm. oder in der Sitzung weiterreichende Informationen anzufragen. Die selbsternannte Opferrolle ist hier fehl am Platz.
Geyer: Vorhandene Geldmittel, bsp. für Erschließung der Bau- und Gewerbegebiete werden nicht investiert.	Insgesamt ist die Kommune im Bezug auf die Bau- und Gewerbegebiete auf die sachkundige Unterstützung von Fachplanern angewiesen – dass es hier an verschiedenen Stellen zu Verzögerungen kommen kann ist freilich ärgerlich, aber kaum zu verhindern, wie auch die Erfahrungen in anderen Kommunen zeigen.
Geyer: „Wir lehnen eine Fundamentalopposition ab“.	Wenngleich Staatsrechtler und Politikwissenschaftler streiten: Der Marktgemeinderat ist ein Verwaltungsorgan mit 16 unterschiedlichsten Charakteren, die – im Optimalfall – das Beste für Ihre Kommune erarbeiten. Der ständige Verweis auf eine Oppositionsrolle heißt: keine Lust auf Verantwortung.
Ewald Plößner berichtet aus der Fraktion.	Eine Fraktion ist der Zusammenschluss mehrerer Mitglieder eines Gremiums. Dieser gehört Herr Plößner weder an, noch fällt er durch regelmäßige Teilnahme in Sitzungen auf. Sein Bericht basiert also lediglich auf „Hören-Sagen“.
Plößner: Kinderspielplatz erst durch Unterschriftenaktion realisiert	Tatsächlich wurde diese These bereits im ersten NT-Artikel (do) widerlegt, in der Kürzinger bekräftigte a) sowohl mit dem neuen Eigentümer eine Übergangslösung gefunden zu haben und b) auf der Suche nach einem geeigneten Grundstück zu sein. Der alte Spielplatz wurde auf Privatgrund errichtet, der neue auf öffentlichem Grund mit der Möglichkeit auf Erweiterung geplant – ein Kinderspielplatz für die Zukunft.
Plößner: Verlegung des Standesamtes sei „durch das Aufstehen der Bürger“ verhindert worden.	Das öffentliche Interesse war immens. Tatsächlich gab es im MGR eine weitreichende Diskussion, die zu einem Umdenken geführt hat. Grundlage waren zwei inhaltsähnliche Anträge der SPD und CWG, wobei der Antrag der SPD eher eingereicht wurde. Hier zeigt sich: Auf Sachebene ist eine Zusammenarbeit möglich. Dennoch: Entscheidend waren hier die Vertreter der Gemeinschaftsversammlung, die im Sinne der Kommune votiert haben.
Plößner: Bgm. habe zugegeben, dass ein Neubau der Kläranlage nicht notwendig sei.	Die Kläranlage arbeitet seit Jahren aufgrund von zu viel Fremdwasser nicht (oder nicht vernünftig), weshalb die Kommune jährliche Strafzahlungen leisten muss (im Mai 2014 lag der Fremdwassereinfluss bei 84%!). D.h. bis 2014 wurden lediglich Schönheitsreparaturen getätigt, das Problem wurde ausgesessen. Ein Neubau oder umfangreiche Neuerungen der bereits über 30 Jahre alten Anlage werden mittel-/langfristig wohl nicht zu verhindern sein, jedoch kann dies erst ermittelt werden, wenn die Anlage auf Grundlage des tatsächlich verschmutzten Wassers (Fremdwassereinfluss max 50%) arbeiten kann. Die Sanierung des Kanalnetzes ist also in jedem Fall notwendig und stellt keinen Widerspruch zu den getätigten Aussagen unseres Bürgermeisters dar.

<p>„Angeprangert wurden zudem die maroden Wohnblocks in der Görglaser Str.“</p>	<p>Hierbei handelt es sich um Privateigentum. Der Eigentümer wurde von der Gemeinde angeschrieben und auf die Verkehrssicherungspflicht hingewiesen. Weiteren Druck kann die Kommune nicht ausüben, da die Zuständigkeit beim Landratsamt als Bauaufsichtsbehörde liegt. Statt Umstände bei der Mitgliederversammlung anzuprangern könnte man auch selbst aktiv werden und dort vermeintliche Missstände melden.</p>
<p>D. Götz: Breitbandausbau im Hauptort abgeschlossen. „Wissen die Bürger, nun was sie tun müssen, um die schnelle Datenautobahn zu nutzen?“</p>	<p>Sowohl der Tagespresse als auch div. Postwurfsendungen (Telekom, 1und1, Vodafone) ist zu entnehmen, was der Bürger tun kann und welche ggf. neuen Verträge er abschließen muss. Wir trauen den mündigen BürgerInnen zu, diese Aufgabe zu bewältigen, es nicht Aufgabe der Kommune auf den Wettbewerb einzuwirken. Zudem gibt es im Rathaus mit Manfred Schaub einen Ansprechpartner, der die Fragen der Bürgerinnen und Bürger zum Breitbandausbau gerne beantwortet.</p>
<p>Götz: „Das Nachfragen der CWG nach Fördermitteln habe scheinbar gewirkt.“</p>	<p>Die Verwaltung (Rauch/Eisner) ist stets auf der Suche nach Fördermitteln, zudem werden sie auch konkret über neue Fördertöpfe des Freistaates informiert. Nicht alle Förderungen kommen für Kirchenthumbach in Frage. Tatsächlich fragt die CWG oft nach, ein kausaler Zusammenhang ist jedoch nicht nachzuweisen, zumal auch andere Fraktion nach möglichen Fördergeldern fragen.</p>
<p>Götz: Mitten im neuen Baugebiet werde „auf einer Fläche von zwei Bauplätzen ein Regenrückhaltebecken errichtet. Ein anderer Standort wäre sinnvoller“.</p>	<p>Die Problematik wurde im Gemeinderat erörtert, es wurde mit dem ausführenden Ing.-Büro geprüft, ob eine Verlagerung möglich wäre. Zudem wurde auf Anfrage der SPD geprüft, ob es möglich wäre, das Regenrückhaltebecken unterirdisch zu verbauen und darüber einen großen Spielplatz/Treffpunkt zu errichten: Beide Varianten sind aus ökologischer und ökonomischer Sicht nicht vertretbar oder umsetzbar.</p>
<p>Götz: „Die vor Jahren durch den neuen Gemeinderat beschlossene Folgemaßnahme [zur Dorferneuerung] „Städtebauförderung“ sei völlig in der Versenkung verschwunden.“</p>	<p>Auf Antrag der SPD-Fraktion wurde die Verwaltung beauftragt, die Aufnahme in die „Städtebauförderung“ zu prüfen, da die Dorferneuerung, trotz vielfacher Verhandlungen durch den Bgm., auslaufen wird. Tatsächlich handelt es sich dabei um keinen Geldtopf, aus dem man beliebig Geld entnehmen kann, sondern die Förderung ist an konkrete Zwecke und eine Eigenbeteiligung der Kommune gebunden. Für die derzeit geplanten Maßnahmen ist eine Förderung nicht möglich, jedoch ist die Verwaltung angehalten, die Fördermöglichkeiten für die Gemeinde regelmäßig abzufragen und zu prüfen.</p>
<p>Götz kritisierte „dass es kein Konzept für die Schule gebe“.</p>	<p>Die vermeintlich fortgeschrittenen und „abgeschlossenen Planungen“ (vgl. Presseartikel vor 2014) enthielten eklatante Mängel, so wurde bsp. keine Substanzprüfung o.ä. durchgeführt. Auch eine Wirtschaftlichkeitsuntersuchung fehlte gänzlich. Diese erachten wir jedoch als Grundlage für die Entscheidungsfindung, ob eine Sanierung aufgrund Statik und allg. Beschaffenheit des Gebäudes wirtschaftlich ist oder andere Maßnahmen ergriffen werden müssen. Hierfür gibt es eine breite Mehrheit im Gremium, der auch die CWG angehört.</p>
<p>Götz: „Der Verkauf der Industrieruine Prüschenk sei erfolgt. [...] Die Frage sei, warum sich der Markt hier [...] nicht frühzeitig eingebracht und ein Konzept zur Nutzung oder Sanierung eingebracht habe.“</p>	<p>Tatsächlich befasst sich das Gremium seit Jahren intensiv mit der Thematik (meist in nicht-öffentlicher Sitzung, deshalb in aller Kürze): Aufgrund mangelnder Bodengutachten und enormer Bedenken wurde zu jedem Zeitpunkt mehrheitlich auf mögliche Risiken verwiesen. Ein Auftrag zur Konzepterstellung wurde von keiner Fraktion erstellt, mehr noch: ein solches Vorgehen wurde in den Diskussionen stets mehrheitlich abgelehnt.</p>